

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommu

Redakt.: Berlin C 25, Al. Meanderstr. 28, Tel.: E 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Roffahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Meanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung, Expedition G. m. b. H., v. Kurfürst 1325/26, Schi...

Die neue "Rote Post" wie immer aktuell, spannend, unterhaltend 15 Pfennig

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. einchl. Frachtlohn in Berlin u. Orten m. eig. Zustellg. Postbezug auschl. Bestellgeld 2,60 M.; Streifband im Ausland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gelp. Millimeterz. 2,50 M. Arbeiterorganit. u. Familien. Kleine Ana.: 2gelp. 20 Pf., Ueberchriftst. 30 Pf. u.

Veratenu: 16 Uhr. Geb. Zeit: 20 Pf. nach: 5 Pf.

## Faschistisches Landtagspräsidium durch Weimarer Koalition gewählt!

### SPD. ermöglichte Landtagspräsidium Nazis und Deutschnationale — Das Zentrum, Koalitionsgenosse der SPD., verhilft Nazi-Kerl zum Landtagspräsidenten — Nazis wählen „System“-Vertreter — Schließt die Reihen gegen die Reaktion

Durch das Verhalten der Weimarer Koalition der SPD. und des Zentrums ist gestern im Preussischen Landtag die von den Kommunisten vorgeschlagene und möglich gemachte Wahl eines Landtagspräsidiums ohne Nationalsozialisten und Deutschnationale verhindert worden und die Wiederwahl des Nationalsozialisten Kerl zum Landtagspräsidenten erfolgt. Zum Dank dafür, daß das Zentrum nicht gegen den Nazi-Kandidaten stimmte, wählten die Hakenkreuzler als Vizepräsidenten den Zentrumsmann **B a u m h o f f**.

Bekanntlich haben SPD- und Zentrumsführer gemeinsam die Bedingungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei abgelehnt, durch die die Aufhebung des Demonstrierens in Preußen für die Arbeiterklasse und Nichtdurchführung der Weiden Papenschen Notverordnungen in Preußen gefordert wurde. Die SPD-Führer, unter deren Augen in Berlin und in ganz Preußen das Hakenkreuzgefändel auftrumpft, verstecken sich hinter „rechthilichen Bedenken“, auf die die Hitlerpartei pfeift, wenn dank der Haltung der Weimarer Koalition die Regierung an sie kommt.

Trotzdem SPD. und Zentrum die Forderungen der Arbeiterklasse sabotierten, hat die Kommunistische Partei gestern im Preussischen Landtag einen Schritt unternommen, der für alle Werktätigen ein Wegweiser ist dafür, wo diejenigen zu finden sind, die dem Faschismus zur Macht verhelfen, und diejenigen, die der Hitlerpartei den Weg zur Regierung versperren wollen. Ungeachtet unserer prinzipiellen scharfen Gegnerschaft gegen Sozialdemokratie und Zentrum als Parteien der kapitalistischen Klassenherrschaft, erklärte Genosse Wilhelm Nied namens der Kommunistischen Partei, daß die Kommunisten einen weiteren Versuch unternehmen, die Wahl eines nationalsozialistischen Präsidiums zu verhindern.

Deshaß

hat die SPD. den Fraktionen der Sozialdemokratie und des Zentrums vorgeschlagen, ein Präsidium zu wählen, aus dem Nationalsozialisten und Deutschnationale ausgeschlossen sind. Die SPD. erklärte sich bereit, für ein solches nur von SPD. und Zentrum besetztes Präsidium zu stimmen.

Um SPD. und Zentrum die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben, beantragte und erzwang die kommunistische Fraktion die einstündige Unterbrechung der Landtagsitzung. Als die Pause vorüber war und das ganze Haus darauf wartete, was Zentrum und SPD. zu sagen haben würden, hüllten sich beide Parteien in Schweigen. Sie schlugen die Möglichkeit, die durch eine Mehrheit vom Zentrum bis zu den Kommunisten für eine Entfernung der Faschisten vom Präsidium gegeben ist, aus der Hand.

Severing gibt den Faschisten die Straße frei und nimmt sie den Arbeitern. Das Zentrum gab gestern weiße Stimmzettel ab, als es galt, die Wahl der Nazis zu verhindern. Mit den gestrigen Ereignissen im Preussischen Landtag

## Die rote Einheit bricht sich Bahn

Die gestrige Versammlung der Kommunistischen Partei in Saverlands Festhallen zur Antifaschistischen Aktion war überfüllt. In der Versammlung sah man SPD- und Reichsbannerarbeiter, die sich in der Diskussion für die Einheitsfront gegen den Faschismus aussprachen. Unter stürmischem Beifall forderte Genosse Wollenberg, die Antifaschistische Aktion zu einer Millionenbewegung der werktätigen Massen zu gestalten. Der SPD.-Arbeiter Erich Kron und der Reichsbannerarbeiter Max Abanowski von der 1. Kameradschaft Mitte erklärten, daß sie gewillt sind, in der Antifaschistischen Aktion zu kämpfen und dafür zu werben. Ueber den Verlauf der Versammlung werden wir morgen ausführlich berichten.

sind alle antifaschistischen Betrugsmanöver des Zentrums und der SPD. für immer entlarvt.

Uns Kommunisten überrascht dieses Ergebnis nicht. Aber was sagen dazu die Massen der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter, die sich jährgläubend gegen den Terror der entseelten Hakenkreuzmeute zur Wehr setzen?

Wir Kommunisten haben von Sozialdemokraten und Zentrum nichts anderes verlangt, als gegen die Nazis zu stimmen. Das lehnten die Koalitionspartner der SPD., mit denen sie im preussischen Koalitionskabinet vereinigt ist, ab, ohne daß die SPD. auch nur mit einem Wort dazu Stellung nahm.

Die Empörung, die gestern abend angesichts dieses Verhaltens von der kommunistischen Landtagsfraktion auf die überfüllten

## Glänzender Betriebswahlsieg im Wummerviertel (siehe im Blatt)

Tribünen überschlug, wird sich heute der Werktätigen ganz Preußens bemächtigen. Man kennt die Machtfülle, die dem preussischen Landtagspräsidenten gegeben ist.

Es soll jeder in ganz Preußen-Deutschland wissen, daß von der Weimarer Koalition diese Macht den Nazis überantwortet wurde.

Es soll jeder wissen, daß die Wegbereiter Hitlers in den Reihen der Severing- und Brüning-Parteien sitzen.

Es soll jeder wissen, daß die Kommunistische Partei allein es ist, die im Parlament, wie außerhalb des Parlaments im Zeichen der Antifaschistischen Aktion sich der Hitler-Partei entgegenwirft im Namen aller Lebensinteressen des werktätigen Volkes, die auf dem Spiele stehen.

Das ist die „Einheitsfront“ der SPD.-Führer!

## Severing verhängt Ausnahmezustand gegen Antifaschistische Aktion

### Gemeinsamer Arbeiteraufmarsch im Lustgarten verboten — Verbotsdrohung gegen „Rote Fahne“ Kameradschaftliche Massendiskussionen mit den SPD.-Arbeitern eure Antwort!

Unsere Forderung nach Freigabe des Lustgartens für den heute geplanten gemeinsamen Aufmarsch aller Arbeiter gegen Papen-Regierung und Nordfaschismus hat seitens der SPD.-Führer eine eindeutige Antwort gefunden. **S e v e r i n g**, der vorgestern im Hauptauschuß des Preussischen Landtages den faschistischen Studentenorganisationen für den 28. Juni die Straßen Berlins freigegeben hat, hat die Lustgardendemonstration verboten. Währenddessen hat die politische Polizei **G r e z s i n**, **S k i s** den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“ gestern morgen geladen, ihm ein Strafverfahren eröffnet und indirekt mit dem Verbot der „Roten Fahne“ gedroht. Warum? „Weil in der Aufforderung des kommunistischen Organs nach Aufhebung des Demonstrierens eine Aufforderung zu Handlungen gegen das Demonstrierensverbot gesehen werden könnte“. Das ist die Antwort des SPD.-Ministers auf den zehntausendfachen Ruf der Berliner Arbeiter nach Demonstrationsfreiheit! Faschistenbanden knallen in Berlin Kommunisten und Reichsbannerarbeiter nieder. Sellborn ordnet Waffenanmeldung innerhalb 48 Stunden an. Severing läßt verhaften, läßt verbieten. Gegen wen? Gegen die Arbeiter!

Nur selbstverständlich, daß das sozialdemokratische Zentralorgan einen Entlassungsversuch unternehmen muß. „Demonstrierensfreiheit setzt politische Kultur voraus“, behauptet der Abend-„Vorwärts“ von gestern die Berliner Arbeiter. Was wohl sozial heißen soll, daß die Arbeiter erst demonstrieren dürfen, wenn sie sich für die Notverordnungspolitik von Papens, für die Notverordnung Preußens, für Koalition und Isolierung diszipliniert haben. Mit einem „Geheimanschreiben“ des **F. K.** der SPD. verjucht das Blatt die SPD.-Arbeiter zu schrecken, sie vor dem gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten abzulenkten. Die Strategie der SPD., „die SPD.-Arbeiter

zu uns herüberzuziehen und die SPD. zu isolieren“ (wie der Abend-„Vorwärts“ aus dem „Rundschreiben“ zitiert) ist ein kühles „Einheitsfrontmanöver“, eine „Falle“, ein „Minenkrieg“ gegen die Einheit. Sowohl, wir Kommunisten erklären frank und frei, daß der Hauptfeind des Proletariats, die Bourgeoisie, nur geschlagen werden kann durch die revolutionäre Einheitsaktion der geschlossenen handelnden Arbeiterklasse. Nicht mit einem Severing, der mit Waffengewalt für die Papensche Notverordnungregierung in Preußen die „Nahe und Ordnung“ aufrechterhält, nicht mit Höllermann und Leipart, die Hindenburg aufs neue in den Sattel hoben und zu Wegbereitera des Papenregimes wurden, kann der Faschismus geschlagen werden, sondern nur, wenn die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam und entschlossen über die Stützen des Kapitalismus im Lager der Arbeiterklasse, über die SPD. und UGB.-Führer hinweg, zum Angriff übergehen.

Die ganze Politik der SPD.-Führer, ihre seit Tagen dauernde Sabotage, Heße und Verleumdung eines gemeinsamen Aufmarsches der Berliner Arbeiter wird durch den Abend-„Vorwärts“ selbst enthüllt, wenn er schreibt:

„Die Severing-Polizei kann den Kommunisten nicht unbeschränkte Demonstrierensfreiheit gewähren, ohne sie der SA. auch zu geben.“

Da habt ihr, sozialdemokratische Klassengenossen und Gewerkschaftskollegen, das „demokratische Volkstrecht Preußen“ in Reinkultur. Da habt ihr die von euren Führern mit Eisen und Blut verteidigte bürgerliche Demokratie, wie sie lebt und leidet. Ihr werdet von SA.-Banden niedergeschossen, Feuerlaternen rüsten sich gegen eure Gewerkschaftshäuser. Aber die Arbeiter dürfen in Severing-Preußen nicht marschieren, weil man dann nach den „Spielregeln der Demokratie“ auch die Arbeitermörder